



Todesfälle als Folge und Massaker im indigenen Land der Yanomami / Zunahme von Morden und Sklavenarbeit kennzeichnen das Jahr 2021

Das Territorium der Yanomami (TIY) ist eines der am stärksten von illegalem Bergbau betroffenen Gebiete. Das 1992 abgegrenzte TIY ist mit 9,6 Millionen Hektar das flächenmäßig größte Brasiliens und Heimat der Yanomami- und Ye'kwana-Völker. Hier leben auch noch acht isolierte indigene Gruppen, von denen eine bereits bestätigt wurde – die als Moxihatëtëa bekannt ist. Die Bergbauaktivitäten haben sich im Land seit mindestens 2012 schnell ausgeweitet, mit erheblichen Auswirkungen auf das Amazonasgebiet.

Im Jahr 2020 hatte das CPT-Dokumentationszentrum – Dom Tomás Balduino (=CEDOC) 9 Todesfälle infolge von Konflikten auf dem Land registriert, die meisten davon im Bundesstaat Amazonas (6). **Im Jahr 2021 wurden 109 Todesfälle in Folge von Konflikten registriert, was einem Anstieg von 1.110 % entspricht. Davon wurden 101 Todesfälle allein im Bundesstaat Roraima registriert. All diese Todesfälle betrafen die indigene Bevölkerung der Yanomami. Alle verursacht von Goldschürfern.** Seit 2020 warnt der Zusammenschluss der Hutukara die Behörden vor den Risiken einer Eskalation der Gewalt in den TIY-Regionen, in denen der Bergbau voranschreitet. **Nach Angaben des Beobachtungssystem für Illegalen Bergbau des TIY ist der Uraricoera-Flusskanal die am stärksten von den Aktivitäten betroffene Region, in der sich 45 % der durch illegalen Bergbau degradierten Fläche des Territoiums konzentrieren.**

Das Massaker

Apiáú ist eine weitere Region, die durch illegalen Bergbau bedroht ist. Im November 2021 informierte eine Delegation von Hutukara-Häuptlingen über die Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Gemeinde im Dorf Serrinha durch die Verbreitung von Alkohol und Drogen, die von Bergleuten eingeschleppt wurden, die die Gemeinde zur Übernachtung nutzen. **Bei derselben Gelegenheit berichteten die Führer über die Ermordung von drei¹ indigenen der isolierten Moxihatëtëa-Gruppe im August 2021. Eine indigene Person, die Zeuge des Geschehens gewesen sein soll, beschrieb, dass es zum Massaker kam, weil die in freiwilliger Isolation lebenden Indigenen zu ihrem Schutz die Schürfer der „Faixa Preta“, ein Schürfgebiet nur wenige Kilometer von Ihrem Lager entfernt, vertreiben wollten.**

Gewalt gegen die Menschen: 75 % Anstieg der Morde

Im Jahr 2021 war die Gewalt gegen die Menschen brutal. **Allein in den Staaten des legalen Amazonasgebietes gab es 28 Morde, 80 % der Gesamtzahl.** Durch die Beauftragung von „Ermordungen durch Pistoleiros“ und „Agromilizen“ sowie öffentlicher Agenten kam es im Jahr 2021 zu **35 Morden aufgrund ländlicher Konflikte in Brasilien. Davon waren 33 Personen männlich und zwei weiblich.**

¹ Die CPT anerkennt ein Massaker als jedes Ereignis von Gewalt gegen eine Person, bei dem 3 oder mehr Menschen ermordet werden.

Unter diesen Vorfällen beziehen sich zwei auf Massaker. Eines war das Massaker an indigenen Völkern in der Yanomami TI, und das andere betraf drei Landlose, die im August 2021 in der Landsiedlung Ademar Ferreira in Rondônia ermordet wurden. Im gleichen Zeitraum kam es auch zu 27 Attentatsversuchen und 132 Morddrohungen. Zusätzlich zu diesen Daten wurden 75 körperliche Übergriffe mit verschiedenen Verletzungen, unzählige Einschüchterungsversuche und demütigende Unterwerfungsversuche sowie 13 Fälle von Folter verzeichnet, die hauptsächlich von als „Großgrundbesitzer“ bezeichneten Privatpersonen praktiziert wurden.

Besonders hervorzuheben ist, dass es bereits im Jahr 2022 – also auf Basis von Teildaten – bereits zu 14 Morden bei ländlichen Konflikten kam. Die Mehrzahl ereignete sich im Bundesstaat Pará (4 Morde), in der Gemeinde São Félix do Xingu, wo das erste Massaker im Zusammenhang mit Landkonflikten in diesem Jahr verzeichnet wurde. Am 9. Januar wurden die Leichen von José Gomes, Zé do Lago, seiner Frau Márcia Nunes und ihrer Tochter Joane Nunes auf dem Familienbesitz gefunden. Sie lebten dort über 20 Jahre, waren bekannt für den Schutz des Regenwaldes und unterhielten ein Schildkrötenzuchtprojekt. Sie waren bekannt und anerkannt für ihre Umweltschutzarbeit. Das von ihnen besetzte Land liegt im Zuständigkeitsbereich der ITERPA und ist Teil des APA Triunfo do Xingú, einem Naturschutzgebiet mit mehr als 1,5 Millionen Hektar. Nach drei Monaten gibt es immer noch keine Stellungnahme des Staates zu den Ermittlungen in dem Fall.

Insgesamt wurden 2021 100 Personen festgenommen. Dies entspricht einer Steigerung von 45 % gegenüber dem Vorjahr. 30 von ihnen, fast ein Drittel der Gesamtzahl, wurden am 17. November bei einem Konflikt in Rondônia festgenommen. Fast die Hälfte der 2021 Festgenommenen wurden im Bundesstaat Rondônia verhaftet.

Rondônia war der Staat mit der höchsten Anzahl von Ermordungen (11). Gefolgt vom Bundesstaat Maranhão mit 9 Ermordungen, und den Bundesstaaten Roraima, Tocantins und Rio Grande do Sul mit jeweils 3 Ermordungen. Unter den Opfern waren 10 Indigene, 9 Landlose, 6 kleinbäuerliche Landbesetzer, 3 Quilombolas, 2 über die Agrarreform Angesiedelte, 2 Kleinbauern, 2 Babassu-Kokosnussbrecherinnen und 1 Unterstützender. **Die Zahl der ermordeten Landlosen stieg vom Jahr 2020 auf 2021 um 350 %, von 2 auf 9. Ebenso stieg die Zahl der kleinbäuerlichen Landbesetzer um 500 %, von 1 im Jahr 2020 auf 6 im Jahr 2021. Die Zahl der Gefolterten stieg von 9 auf 13, was einer Steigerung von 44 % entspricht. Die Zahl der Opfer stieg von 54 auf 75, was einer Steigerung von 39 % entspricht.**

Laut einer erstmalig durchgeführten Erhebung, durchgeführt vom Cedoc-CPT, wurden fünf LGBTI+-Personen Opfer von Gewalt auf dem Land

Die in der Konfliktbroschüre 2021 veröffentlichten Daten zur Gewalt gegen Menschen enthalten erstmals Informationen über die sexuelle Orientierung und den Geschlechtsausdruck von Opfern von Gewalt auf dem Land. Im Jahr 2021 wurden fünf LGBTI+-Personen Opfer von Gewalt auf dem Land, wie bereits aus den im Bericht veröffentlichten Daten hervorgeht. Die angeführten Gewalttaten sind: Demütigung und Inhaftierung; Mord; Einschüchterung und Folter. Opfer von Gewalt wurden Indigene und Landlose, wobei vier dieser Opfer als Landlose identifiziert wurden und eine Indigene – eine Frau und vier Männer.

Sklavenarbeit: Höchste Zahl an Befreiten seit 2013

Im Jahr 2021 befreite die Arbeitsaufsicht 1.726 Personen. Dies ist die höchste Zahl seit 2013. **Ein Anstieg von 113 % im Vergleich zu 2020. Im Jahr 2021 kam es zu 169 Fällen**

von Zwangsarbeit in ländlichen Gebieten, ein Anstieg von 76 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Bundesstaat Minas Gerais führt mit 51 Fällen und 757 befreiten Menschen. Gefolgt vom Bundesstaat Pará mit 27 Fällen und Goiás mit 17.

Von der Gesamtzahl der aus dieser Straftat befreiten Personen waren 64 Kinder und Jugendliche, was einer Steigerung von 121 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Regionen Südosten und Mittelwesten konzentrierten mit jeweils 19 Vorfällen die größte Anzahl versklavter Minderjähriger. In diesen beiden Regionen finden sich auch die meisten Fälle von Sklavenarbeit, von zur Anzeige gebrachten Fällen sowie von Fällen, in denen im Jahr 2021 Menschen aus diesen Zwangsverhältnissen befreit wurden. In der südöstlichen Region wurden 59 Fälle registriert und 919 Menschen befreit, während es im Mittleren Westen 37 Fälle gab und im Jahr 2021 415 Menschen befreit wurden.

Zunahme der Versuche der Zerstörung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung

Im Jahr 2021 wurden 2.143 Familien durch einen Räumungsbescheid aufgefordert, ihre Gebiete zu verlassen, was einem Anstieg von 12 % gegenüber dem Jahr 2020 entspricht. Ebenso stieg die Zahl der im Jahr 2021² vertriebenen Familien um 18 %. Die Zahl stieg von 469 im Jahr 2020 auf 555 im Jahr 2021. Die Größe der von Konflikten betroffenen Gebiete beläuft sich insgesamt dabei auf mehr als 71 Millionen Hektar, was 8,35 % des Staatsgebiets entspricht. Indigene Gebiete stellen die überwältigende Mehrheit dieser Landstriche dar und sind besonders den aggressiven Vertreibungen und gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt. Dabei handelt es sich um 81 % der Gebiete, die sich in einer Situation sozialer Spannungen und Konflikte befinden. Die sogenannten Landlosen bilden die zweite Identitätskategorie mit den meisten Gebieten unter brutaler Gewalt und Konflikten, unterstützt von kleinbäuerlichen Landbesetzern. Die Gesamtzahl der Familien, die im Jahr 2021 von Landkonflikten betroffen waren, spiegelt den Aufwärtstrend der letzten fünf Jahre wider und entspricht 164.782, von denen 17.706 von gerichtlich angeordneten Räumungen bedroht sind.

In Bezug auf die Daten der Zahl der Familien, die in den letzten zehn Jahren in Konflikte um Land verwickelt waren, fällt der spektakuläre Anstieg der Anzahl der Familien auf, die seit Beginn der aktuellen Regierung (2019-2021) eine Verletzung ihres Territoriums erlitten haben: es handelt sich dabei um nicht weniger als einen Anstieg von 206 % gegenüber 2018. Was das Auftreten von Landkonflikten in Brasilien im letzten Zweijahreszeitraum betrifft, so befinden sich unter den ersten fünf Bundesländern mit den höchsten Zahlen (Pará, Maranhão, Bahia, Mato Grosso und Rondônia) vier davon im *“brasilianischen legalen Amazonien”*. **Im Jahr 2021 verzeichnete das Amazonasgebiet 52 % der Konflikte um Land in Brasilien und 61 % der Anzahl der beteiligten Familien.** Betrachtet man die Anzahl der umstrittenen Gebiete, zeigt das Ausmaß der Konflikte den ganzen Grund für die Streitigkeiten um Land und Territorien in der Region.

Im Amazonasgebiet kam es außerdem zu 64,5 % der Fälle von Androhungen durch Vertreibung, 63 % der Fälle von Vergiftung durch Pestizide, 78 % der Fälle von illegaler Abholzung, 87 % Fälle der Vertreibungen, 81 % Fälle des Landraubs, 82 % der Fälle von Invasionen, 69 % der Fälle von bewaffnetem Übergriff, 73 % der Fälle der Unterlassungen/ Absprachen durch den Staat und 70 % der Fälle von Verstößen gegen die Existenzbedingungen.

Widerstand

2 ERRATA: Am 10. Dezember 2021 veröffentlichte die CPT Teildaten für den Zeitraum von Januar bis August des laufenden Jahres (<https://bit.ly/38haAj4>), in denen sie vermerkte, daß in diesem Zeitraum 677 in Konflikten vertriebene Familien auf dem Land erfasst wurden. Nach dem CPT-CEDOC-Korrekturverfahren wurden jedoch 130 Familien im Bundesstaat Bahia aus den Daten entfernt. Daher ist die Zahl jetzt niedriger als die, die veröffentlicht wurde.

Die Besetzungen und Rückeroberungen verzeichneten 2021 einen deutlichen Anstieg. Insgesamt stiegen sie **von 29 im Jahr 2020 auf 50 im Jahr 2021, was einem Anstieg von 72 % entspricht. Der Anstieg von 1.391 Familien im Jahr 2020 auf 4.761 Familien im Jahr 2021 entspricht einem Anstieg um 242 %.**

Hauptverantwortlich für diesen Anstieg war die Region Südosten. Sie stieg von 4 Besetzungen/ Rückeroberungen im Jahr 2020 mit 207 Familien auf 19 im Jahr 2021 mit 3.386 Familien. Eine Steigerung von 375 % bei den Fällen und mehr als 1.535 % bei der Anzahl der betroffenen Familien. Dieser Anstieg erklärt sich durch die koordinierten Aktionen der *Frente Nacional de Lutas Campo e Cidade* (FNL) im Bundesstaat São Paulo im vergangenen Jahr, die diese Art von Aktion mit großer Beharlichkeit wieder aufnahm, nach dem es im Jahr 2020 aufgrund der Covid-19 Pandemie zu einem Rückgang gekommen war.

Wasserkonflikte im Jahr 2021: Fälle nehmen im Norden und Nordosten des Landes zu

Im Jahr 2021 wurden in Brasilien anhand der Daten des Cedoc da CPT 304 Wasserkonflikte registriert, von denen 56.135 Familien betroffen waren. Die Zahl der Fälle und der beteiligten Familien ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Im Jahr 2020 kam es zu 350 Konflikten mit insgesamt 56.292 betroffenen Familien. Besonders muss jedoch auf die Zunahme der Fälle in den Regionen im Norden und Nordosten hingewiesen werden.

Die **Nordregion verzeichnete einen Anstieg der Wasserkonflikte um 18 % und einen Anstieg der Zahl der an diesen Konflikten beteiligten Familien um 54 %.** Die **Nordostregion verzeichnete einen Anstieg der Fälle um 41 %, dabei verringerte sich die Zahl der betroffenen Familien fast um die Hälfte.**

Folgendes ist dabei wichtig hervorzuheben: **Der Bundesstaat Bahia verzeichnete einen Anstieg der Fälle um 208 % und war damit der Bundesstaat mit der höchsten Zahl in diesem Jahr.** Die Zahl der insgesamt betroffenen Familien ging aber zurück. Der Bundesstaat Pará verzeichnete einen Anstieg der Fälle um 52 % und die Anzahl der betroffenen Familien stieg um 105 %. Somit liegt der Bundesstaat an zweiter Stelle. Der Bundesstaat Maranhão verzeichnete im Jahr 2021 die größte Zunahme mit einer Steigerung von 830 % der Anzahl der Konflikte und 58 % bei der Anzahl der betroffenen Familien. Erwähnenswert ist auch der Bundesstaat Roraima, wo es 2020 keine Aufzeichnungen über Wasserkonflikte gab und 2021 6 Fälle mit 8.155 Familien registriert wurden. Dieser Anstieg ist auf die Aufzeichnungen der Bergbaukonflikte im Gebiet der Yanomami zurückzuführen.

Im Bundesland Bahia kam es zu den meisten bergbaubedingten Wasserkonflikten – 43 (39 davon im Einzugsgebiet des Flusstals des São Francisco). Auch bei der Analyse der Daten aus ganz Brasilien stellen wir fest, dass sich der Trend fortsetzt und 30 % der Wasserkonflikte von internationalen Bergbauunternehmen provoziert wurden, 19 % von der Industrie, 14 % von Grossgrundbesitzern, 10 % durch die Installation von Wasserkraftwerken, 9 % von Seiten staatlicher Stellen (Bund, Länder und Kommunen) und 8 % durch die Aktivitäten von Goldschürfern.

In Bezug auf die Hauptbetroffenen von Wasserkonflikten trifft es besonders die Menschen aus traditionellen Gemeinschaften. Sie stehen im Zentrum dieser Konflikte. Am stärksten dabei trifft es: 19 % der Flussbewohner, 14 % der Quilombolas und 17 % der indigenen Völker.

Mehr Informationen:

Cristiane Passos (Pressesprecherin der nationalen Landarbeiterkommission) – (**55 62) 99307-4305

Mário Manzi (Pressesprecher der nationalen Landarbeiterkommission) – (**55 62) 99252-7437

Amanda Costa (Pressesprecherin der nationalen Landarbeiterkommission) – (**55 62) 99309-6781

Andressa Zumpano (Pressesprecherin der nationalen Landarbeiterkommission) – (**55 62) 99453-9629